

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Politische Grundfragen</b>
Schlagworte	<b>Stimmungsmessung</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Anderes</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2023</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bühlmann, Marc  
Hirter, Hans  
Rinderknecht, Matthias  
Strohmann, Dirk

## Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc; Hirter, Hans; Rinderknecht, Matthias; Strohmann, Dirk 2024.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Politische Grundfragen,  
Stimmungsmessung, Anderes, 1990 – 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für  
Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am  
24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Grundlagen der Staatsordnung</b>	1
Politische Grundfragen	1
Nationale Identität	1
Stimmung in der Bevölkerung	3

## Abkürzungsverzeichnis

**UNO** Organisation der Vereinten Nationen  
**EWR** Europäischer Wirtschaftsraum  
**EG** Europäische Gemeinschaft

---

**ONU** Organisation des Nations unies  
**EEE** l'Espace économique européen  
**CE** Communauté européenne

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Politische Grundfragen

#### Politische Grundfragen

ANDERES  
DATUM: 09.05.1994  
DIRK STROHMANN

An zwei Anlässen äusserte sich EMD-Vorsteher Kaspar Villiger zum gegenwärtigen **Zustand des schweizerischen politischen Systems**. An dessen Pfeilern – dem föderalistischen Aufbau, der direktdemokratischen Partizipation der Schweizer Bevölkerung, dem parlamentarischen Milizsystem sowie der parteimässigen Zusammensetzung der Bundesregierung – wollte Villiger nicht rütteln. Trotz mancher unübersehbarer Nachteile bewahre und befestige nämlich gerade dieses System den Zusammenhalt des Landes, indem es die zentrifugalen und partikularen Interessen binde.<sup>1</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.12.1998  
HANS HIRTER

Die Schweiz feierte im Berichtsjahr zwei Jubiläen. Zum einen galt es dem **150. Geburtsjahr der Bundesverfassung von 1848** zu gedenken, welche nicht nur die Schweiz von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat machte, sondern auch die heute noch geltenden Grundlagen für den demokratischen Staatsaufbau (aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament, vom Parlament gewählte und nach dem Departementalsystem organisierte Regierung, Volksabstimmung über Verfassungsrevisionen) schuf. Mit einer Wanderausstellung, Veranstaltungen mit Ansprachen von prominenten Politikern, mit wissenschaftlichen Kolloquien und mit Volksfesten wurde das Andenken an diese Staatsgründung gepflegt. Die Vereinigte Bundesversammlung feierte ihr 150jähriges Bestehen am 6. November mit einem Festakt im Bundeshaus. Im Rahmen dieser Feierlichkeiten war im Sommer das Bundeshaus Schauplatz einer Ausstellung über die politischen Institutionen und ihr Funktionieren gewesen. Ebenfalls begangen, wenn auch in kleinerem Rahmen, wurde 1998 das Gedenkjahr für die **Helvetik** (1798), welche – freilich auf Druck der revolutionären französischen Besatzungsmacht – einen kurzlebigen demokratischen Staat eingerichtet hatte.<sup>2</sup>

### Nationale Identität

ANDERES  
DATUM: 11.07.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes "**Kulturelle Vielfalt und nationale Identität**" (NFP 21) ergab eine repräsentative Befragung der Bevölkerung über die territoriale Identifikation, dass sich die Bewohner der französischen und der italienischen Schweiz stärker mit der Region und weniger mit der ganzen Schweiz identifizieren als jene der deutschen Schweiz; letztere identifizieren sich aber gleichzeitig stärker mit der Gemeinde. Ausserdem zeigte die Studie auf, dass einem tiefen Bildungsgrad eine hohe kommunale Bindung und geringe übernationale Bindung entspricht. Aus den Abstimmungsresultaten zum Freihandelsabkommen von 1972 und zum UNO-Beitritt 1986 leitete eine Studie ab, dass im Hinblick auf eine europapolitische Abstimmung zum EWR-Vertrag oder zu einem EG-Beitritt mit drei Lagern zu rechnen sei, die sich etwa folgendermassen zusammensetzen: ein Viertel "harte Isolationisten" (vor allem in ländlichen Gebieten), ein Viertel "harte Integrationisten" (eher in städtischen Siedlungen mit hohem Linkswähleranteil) und etwa die Hälfte "weiche Integrationisten" (eher in Arbeitergemeinden und kleinbürgerlicher Umgebung), wobei letztere vor allem am wirtschaftlichen Nutzen einer Öffnung interessiert sind.<sup>3</sup>

ANDERES  
DATUM: 08.03.1997  
HANS HIRTER

Die **Reaktion auf Kollers Rede** fiel in den in- und ausländischen Medien weitgehend positiv aus; allerdings fehlte es nicht an Bedenken in bezug auf die politische Realisierbarkeit dieser angekündigten Stiftung. Auch die jüdischen Organisationen in den USA und Vertreter der amerikanischen Regierung begrüsst das Projekt. Die Reaktion der jüdischen Organisationen ist freilich vor dem Hintergrund zu sehen, dass wichtige **amerikanische Medien reichlich verzerrt über Funktionsweise und Zweck der Stiftung berichtet hatten**, indem sie meldeten, dass die Schweiz beabsichtige, Gold im Wert von 7 Mia Fr. an Holocaustopfer zu verteilen. Ein Teil der europäischen Medien kommentierte zudem die Stiftung als Wiedergutmachungsaktion für schweizerisches Fehlverhalten im Zweiten Weltkrieg; eine Interpretation, gegen welche sich Koller in

seiner Rede explizit ausgesprochen hatte. In ersten Stellungnahmen signalisierten die FDP, die CVP und die SP gedämpfte Zustimmung zum Vorschlag des Bundesrates, wobei die beiden ersteren allerdings bloss von einer überprüfenswerten Idee sprachen und die SP Vorbehalte in bezug auf den Finanzierungsmodus anmeldete. Für die **SVP** stellte die Solidaritätsstiftung hingegen ein überstürzter und schlecht vorbereiteter Schritt dar, der zudem falsche Signale an das Ausland aussende und zu neuen Geldforderungen führen werde.<sup>4</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 20.03.1997  
HANS HIRTER

Rund zwei Wochen nach der Ankündigung durch Bundespräsident Koller hielt **der Vorsteher des Finanzdepartementes**, Bundesrat Villiger, im Nationalrat fest, dass zwar die Idee der Solidaritätsstiftung im Zusammenhang mit den Kritiken an der Schweiz wegen ihres Verhaltens während des Zweiten Weltkriegs entstanden ist. Diese Stiftung werde aber, im Gegensatz zu dem von den Banken initiierten humanitären Fonds, nicht damaligen Opfern helfen, sondern einen Beitrag zur **Linderung von Not und zur Verhinderung von gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Gegenwart und in der Zukunft** leisten. In ähnlicher Weise äusserte sich der Bundesrat auch in seiner Antwort auf eine am 3. März – also noch vor Kollers Rede – eingereichte und noch nicht abschliessend behandelte Motion Grendelmeier (Idu, ZH), welche eine spezielle Bundesstiftung für Holocaustopfer fordert.<sup>5</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 12.06.1997  
HANS HIRTER

Angesichts der emotionalen Bindung vieler Bürger an die Golddeckung des Franks und den Risiken, die deshalb in einer Volksabstimmung drohen, beantragte Nationalrat Stucky (fdp, ZG) später ein **anderes Finanzierungsmodell**. Er schlug im Rahmen der Revision einiger Anlagebestimmungen im Nationalbankgesetz vor, den davon erwarteten Zusatzertrag der Nationalbank von rund 400 Mio. Fr. pro Jahr für die vom Fonds vorgesehenen Zwecke zu verwenden. Angesichts der ablehnenden Haltung sowohl von Bundesrat Villiger als auch seiner eigenen Fraktion zog er seinen Antrag zurück.<sup>6</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 30.09.1997  
HANS HIRTER

Mitte April lancierte die von Blocher präsierte **Zürcher SVP** eine Inserat- und Plakataktion, in welcher die **Solidaritätsstiftung als Erpressung bekämpft** wurde. Der Präsident der nationalen SVP, Nationalrat Maurer (ZH), hatte sich zuerst grundsätzlich mit der Stiftung einverstanden erklärt. Im Juni kündigte er dann aber an, dass seine Partei diese in der geplanten Form bekämpfen werde. Als Alternative für die Finanzierung über eine Bewirtschaftung eines Teils der Goldreserven schlug die SVP eine Sammlung in der Bevölkerung vor. Ende Juni kündigte Blocher – eingerahmt von heftigen Verbalattacken gegen andere Politiker, Medien- und Kulturschaffende – die Schaffung einer **eigenen humanitären Stiftung** an, welche vor allem aus grossen Beiträgen von vermögenden Personen gespiesen werden soll. Er erklärte sich bereit, dort eine Million einzubezahlen, wenn sich 200 bis 500 weitere Personen mit ähnlichen Beiträgen daran beteiligen würden. Nachdem das Echo beim angesprochenen Personenkreis unbefriedigend ausgefallen war, eröffnete er die Stiftung mit der von ihm versprochenen Million und rief in Inseraten zu weiteren Spenden auf.<sup>7</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 14.11.1997  
HANS HIRTER

Noch im Frühjahr setzte der Bundesrat zwei von den alt Nationalräten Bremi (fdp, ZH) und Fehr (sp, BE) präsierte **Arbeitsgruppen** ein, welche Ende Oktober dem Bundesrat ein konkretes **Konzept für die geplante Solidaritätsstiftung** vorlegten. Dieses sieht vor, dass das Hauptziel dieser «Stiftung solidarische Schweiz» genannten Institution in der Verbesserung der Zukunftschancen für von Armut oder Gewalt bedrohte Menschen, vor allem Kinder und Jugendliche, bestehen soll. Unterstützt werden sollen aber nicht Individuen mit Einzelbeiträgen, sondern zu rund 90 Prozent Projekte mit Langzeitwirkung und zu 10 Prozent Institutionen bei Sofortaktionen. Die jährlich zur Verfügung stehenden rund CHF 300 Mio. sollen je hälftig für Projekte im In- und Ausland verwendet werden. Die den Bundesrat in Wirtschaftsfragen beratende Kommission für Konjunkturfragen hielt in einer Stellungnahme fest, dass von einer Höherbewertung der Goldreserven und ihrem teilweisen Verkauf keine negativen Auswirkungen auf die schweizerische Geld- und Währungspolitik zu erwarten seien. Im September wurde ein **Komitee zur Unterstützung** der Idee der Solidaritätsstiftung gegründet, dem unter anderem Politiker und Politikerinnen aller vier Bundesratsparteien angehören. Im Anschluss an die Präsentation des Stiftungskonzepts Ende Oktober signalisierten SP, FDP, CVP und Grüne ihre Zustimmung, während die SVP skeptisch blieb. Massive Kritik an dem vorgestellten Konzept äusserten hingegen

Vertreter diverser internationaler jüdischer Organisationen, da dieses nicht explizit finanzielle Leistungen für Überlebende des Holocaust vorsehe.<sup>8</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 24.06.1999  
HANS HIRTER

Die Errichtung der 1997 vom Bundesrat angekündigten Solidaritätsstiftung kam im Berichtsjahr nicht voran. Die Absicht des Bundesrates, mit einem neuen **Währungsartikel** eine rechtliche Grundlage für die geplante Sonderverwendung von nicht mehr benötigten Währungsreserven der Nationalbank zu schaffen, scheiterte im Nationalrat an einer unheiligen Allianz zwischen der Linken und der SVP. Die SVP begründete ihren Widerstand mit der Ablehnung der Solidaritätsstiftung, die Linke bekämpfte das im Artikel neu formulierte Ziel der Notenbankpolitik. Der Bundesrat kündigte anschliessend an, dass er bis Ende Jahr abklären wolle, welche anderen Möglichkeiten zur Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Verwendung dieser Geldmittel bestehen würden. Kurz nach dieser Entscheidung lancierte die SVP, die sich seit je gegen die Errichtung der Solidaritätsstiftung ausgesprochen hatte, die im Vorjahr angekündigte Volksinitiative, welche verlangt, dass sämtliche nicht mehr benötigten Goldreserven und deren Erträge in den AHV-Fonds zu fliessen haben.<sup>9</sup>

### Stimmung in der Bevölkerung

**ANDERES**  
DATUM: 11.12.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Um eine bessere **Kommunikation zwischen den einzelnen Landesteilen** zu gewährleisten, mehr Brückenschläge und allgemein ein besseres Verständnis zwischen den Sprachregionen zu schaffen, haben die Büros der beiden Räte eine parlamentarische Kommission einberufen, welche das Phänomen analysieren und Lösungsvorschläge unterbreiten soll.<sup>10</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.1994  
DIRK STROHMANN

Unter dem Titel "**CH-Forum 98**" nahm der Kanton Solothurn eines der vom Nationalrat im Rahmen der Verständigungsberichte diskutierten Projekte auf. In den kommenden Jahren soll auf dem als Begegnungszentrum landesweit etablierten Schloss Waldegg eine Reihe von Veranstaltungen zur Frage eines erneuerten nationalen Dialogs durchgeführt werden. Mit bislang 17 vorgesehenen Beiträgen, die thematisch von der Frage nach der Stellung der ausländischen Mitbürger bis zum Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie reichen, sind die Diskussionsbereiche weit abgesteckt. Den Beginn machte im November eine gut besetzte Tagung über die "**Dialogfähigkeit der Schweiz**", in deren Mittelpunkt die Frage nach den Ursachen der zunehmenden ausserpolitischen Abschottung sowie innenpolitischen Grabenbildung und allfällige Möglichkeiten zu deren Überwindung stand. Das "CH-Forum 98" versteht sich als Beitrag des Kantons Solothurn zu den Staatsfeierlichkeiten im Jahre 1998.<sup>11</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Nach wie vor grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung war im Berichtsjahr die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Seit elf Jahren findet sich die Sorge um Arbeitslosigkeit im **Sorgenbarometer**, einer im Auftrag der Crédit Suisse bei jeweils rund 1000 Personen von gfs.bern durchgeführten Langzeitbefragung, auf Platz eins; allerdings war der Anteil der Befragten im Vergleich zum Vorjahr relativ deutlich von 49% auf 44% gesunken, was seit 2000 den geringsten Anteil darstellte. In der Westschweiz (52%) war die Sorge um einen Jobverlust dabei nach wie vor grösser als in der Deutschschweiz (40%), der Sprachgraben hatte sich aber im Vergleich zum Vorjahr verkleinert. Unverändert an zweiter Stelle lag die Sorge um die Zuwanderung und die damit verbundenen Integrationsfragen (37%; 2012: 37%), gefolgt von Ängsten um die Altersvorsorge (29%; 2012: 32%), von den Sorgen um das Asylwesen (28%; 2012: 32%) und von den Sorgen um die persönliche Sicherheit (24%; 2012: 21%), die vor allem von Frauen und Männern im Pensionsalter geäussert wurden. Weiterhin rückläufig waren auch die Ängste um das Gesundheitswesen, die während Jahren einen der drei Spitzenplätze eingenommen hatten; 2013 gaben aber lediglich noch 21% der Befragten an, sich um das Gesundheitswesen zu sorgen (2012: 30%).<sup>12</sup>

Eine Umfrage von Gallup International in 60 verschiedenen Ländern brachte zutage, dass der **Anteil an glücklichen Menschen** in der Schweiz 2013 überdurchschnittlich hoch war. Lag der Anteil im Schnitt der 60 Länder bei 60%, so gaben in der Schweiz 68% der Befragten an, mit ihrem Leben glücklich zu sein. Nur auf den Fidschi-Inseln (88%), in Saudi-Arabien (80%), in Finnland (78%) und in Brasilien (71%) lag dieser Anteil noch höher. Weniger glücklich schienen die Bewohner der Nachbarländer der Schweiz zu sein. In Österreich sagten 54% der Befragten, sie seien glücklich, in Deutschland lag dieser Anteil bei 52%, in Italien bei 32% und in Frankreich gab nur gerade ein Viertel der Befragten an, mit dem eigenen Leben glücklich zu sein.<sup>15</sup>

---

1) NZZ, 28.1. und 9.5.94.2

2) NZZ und QJ, 8.1.98 (Wanderausstellung); Presse vom 5.6.98; TA, 7.9.98; Presse vom 12.9. und 14.9.98 (Volksfest) sowie vom 7.11.98 (Parlament). Vgl. auch AZ, 30.12.98 und TA, 31.12.98 sowie die Beilage zu NZZ, 2.1.98.1; Presse vom 19.1.98.; NZZ, 21.2. und 9.4.98

3) NZZ, 10.7.90; SGT, 2.8.90; zu NFP 21 allgemein siehe TA, 11.7.90; vgl. Lit. Meier/Ritschard/Nef.

4) NZZ, 8.3.97.16

5) Amtl. Bull. NR, 1997, S. 363 ff. und 2201 ff. (Motion).17

6) Amtl. Bull. NR, 1997, S. 1153 ff.; BZ, 12.6.97.14

7) Blick, 19.4.97; SGT, 22.4.97.23; Bund, 11.6.97.24; Presse vom 23.6.97; AZ, 31.7.97; NZZ, 30.9.97 (Inserat mit Spendenaufruf).25

8) BBI, 1998, S. 1763 f.; NLZ, 18.4.97 (Einsetzung); Presse vom 4.7. und 1.11.97.18; NZZ, 10.7.97.19; SGT, 25.9.97 (Komitee); Presse vom 1.11.97 (Parteien); BaZ, 8.11.97 und NZZ, 14.11.97 (jüdische Organisationen).20

9) TA, 24.6.99.3

10) Amtl. Bull. StR, 1992, S. 1363; JdG, 22.12.92.

11) Presse vom 8.11. und 14.11.94.

12) NZZ, 10.12.13; Lit. Longchamp et al.

13) So-Bli, 29.12.13.